



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Schule und Kultur

| | |
|--------------------|------------------------------------|
| Es informiert Sie: | Susanne Heinrich |
| Telefon: | 02104/99-2081 |
| Fax: | 02104/99-5003 |
| E-Mail: | susanne.heinrich@kreis-mettmann.de |

Mettmann, den 13.12.2013

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur

Sitzungstermin Donnerstag, den 28.11.2013, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Wolfgang Diedrich

Mitglieder

Erika Cebulla
Monika Dinkelmann
Melanie Falkenstein
Jochen Gödde
Ursula Greve-Tegeler
Anne Gronemeyer
Brigitte Hagling
Rainer Hübinger
Ottokar Iven
Ingmar Janssen
Ursula Klützke
Rainer Köster
Martina Köster-Flashar
Rolf Kramer
Klaus Rohde
Dieter Schmoll
Reinhard Schulze Neuhoff
Elke Thiele
Pfarrer Andreas Tibbe

Verwaltung

Lothar Breitsprecher
Dr. Barbara Bußkamp

Volker Freund
David Gonsior
Ulrike Haase
Susanne Heinrich
Ralf Hermann
Daniela Hitzemann
Anette Pesler
Martin M. Richter
Gerhard Rott
Christin Rust
Antje Schäfer
Christian Schölzel
Joachim Schulz-Hönerlage
Marion Strack
Meike Utke

Gäste

Frau Dr. Schlepp
Frau Grewer-Willwoll
Frau Plum
Frau Schneider
Herr Bärwolf
Herr Flanze
Herr Lastering
Herr Schalla
Herr Schwafferts

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Besetzung der schulfachlichen Aufsicht und von Schulleitungsstellen an Schulen des Kreises Mettmann 40/064/2013
5. neanderland BIENNALE 2013 Rückblick, Fazit, Ausblick 40/058/2013
6. Inklusionshilfe an allgemeinen Schulen im Kreis Mettmann 40/065/2013
7. Regionales Bildungsnetzwerk - Kommunale Koordinierung Übergang Schule-Beruf 40/059/2013
8. Haushalt 2014 20/037/2013
9. Zukunftsplanung Berufskollegs - Sachstand der Umsetzung 40/029/2013

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 9.1. | - Einrichtung des dualen Bildungsgangs Elektroniker/in für Betriebstechnik am Berufskolleg Niederberg in Velbert | 40/063/2013 |
| 9.2. | - Einrichtung des Bildungsgangs Berufliches Gymnasium Technik am Berufskolleg Hilden | 40/054/2013 |
| 9.3. | - Einrichtung des dualen Bildungsgangs Medizinische/r Fachangestellte/r am Berufskolleg Mettmann | 40/030/2013 |
| 10. | Einrichtung einer Fachklasse "IT-Fachinformatiker für Systemintegration" und "IT-Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung" im dualen System am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2013 | 40/019/2013/2 |
| 11. | Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 29.10.2013 hier: Anfrage zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Schulen des Kreises Mettmann | 40/060/2013 |
| 12. | Kreiskunstaussstellung hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2013 | 40/066/2013 |
| 13. | Nachträge | |
| 13.1. | Mindestgrößen an Förderschulen hier: Anfrage der UWG-ME-Fraktion vom 15.11.2013 | 40/067/2013 |
| 13.2. | Parkplätze am Medienzentrum hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.11.2013 | 40/069/2013 |
| 13.3. | Förderschulen im Kreis Mettmann hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2013 | 40/070/2013 |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 14. | Informationen der Verwaltung | |
| 15. | Auftragsvergabe: Lieferung und Montage von Schulmobiliar für die kreiseigenen Berufskollegs und Förderschulen ab dem 01.01.2014 | 40/061/2013 |
| 16. | Nachträge | |
| 16.1. | Mensen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann | 40/068/2013 |

Öffentlicher Teil

| |
|-----------------------------------|
| Zu Punkt 1: Formalien |
|-----------------------------------|

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit des Ausschusses fest. Für die CDU-Fraktion wird Herr Lungen durch Herrn Kramer sowie Herr Tondorf durch Herrn Iven vertreten. Herr Gutt wird durch Herrn Köster für die Fraktion DIE LINKE. vertreten. An Stelle von Herrn Pfarrer Wessel nimmt Herr Pfarrer Tibbe an der Sitzung teil. Damit wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Herr Rohde beantragt, den Tagesordnungspunkt 12 „Kreiskunstaussstellung – Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2013“ unmittelbar vor den Beratungen zum Haushalt zu behandeln. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen mit

8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion

- 3 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 1 Enthaltung der UWG-ME Fraktion
- 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der Vorsitzende schlägt zudem vor, die Tagesordnung wegen besonderer Dringlichkeit im nichtöffentlichen Teil um den TOP 16.1 „Mensen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann“ zu erweitern. Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Als Berichterstatter für den Kreistag bezüglich der Tagesordnungspunkte 6, 9.1, 9.2 und 9.3 wird Herr Rohde von der CDU-Fraktion benannt.

| |
|---|
| Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2013 |
|---|

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 6 vermisst Frau Gronemeyer in der Niederschrift ihre Frage bezüglich der Abgabe von ausgemusterten Filmen an interessierte Schulen. Sie habe in der Sitzung gefragt, ob und wie die Schulen im Kreis Mettmann informiert worden sind, dass Filme vom Medienzentrum übernommen werden können. Als Schulleiterin einer Förderschule sei ihr davon nichts bekannt gewesen. Frau Dr. Bußkamp hatte berichtet, dass alle Schulen im Kreisgebiet über die jeweilige Dienstmailadresse informiert wurden, die Resonanz allerdings sehr gering war. Seit der vergangenen Sitzung hat Frau Gronemeyer bei mehreren anderen Schulleitungen nachgefragt. Auch diesen sei das Angebot der Medienübernahme nicht bekannt gewesen. Sie bedauert erneut, dass dieses kostenfreie Angebot für die Schulen nicht genutzt wurde.

Herr Köster weist darauf hin, dass zum Themenkomplex Zukunftsplanung Berufskollegs (TOP 12.2 und 12.3) aus seiner Sicht die Aussagen zu den erforderlichen Schulabschlüssen sachlich nicht richtig seien. Er könne daher der Niederschrift in der Gänze nicht zustimmen.

Der Vorsitzende lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion
- 1 Enthaltung der FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme der UWG-ME-Fraktion
- 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

| |
|--|
| Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung |
|--|

Frau Haase berichtet, dass der Einladung zu einer Schulbesichtigung erneut zu wenig Ausschussmitglieder gefolgt sind, so dass dieser Termin abgesagt wurde. Aufgrund des damit verbundenen Vorbereitungsaufwandes müsse das Verfahren für die Zukunft überdacht werden.

Wie bereits zur letzten Sitzung mitgeteilt, befinden sich die Maßnahmen zur PCB-Sanierung am Berufskolleg Neandertal weiterhin im Plan.

Herr Hermann berichtet über die Umzugsplanungen: die Leo-Lionni-Schule wird vom 03.-06.12.2013 bei eingeschränktem Unterricht von Baumberg an die Krischerstraße in Monheim umziehen. Der Umzug der Paul-Maar-Schule von Hilden nach Baumberg ist für die erste Februarwoche 2014 vorgesehen.

Frau Dr. Bußkamp berichtet von der Museumsnacht 2013, die von 18-24 Uhr am 27.09.2013 durchgeführt wurde. Aus den bisherigen Rückmeldungen ist erkennbar, dass die kleineren Einrichtungen eher angetan vom Besucherinteresse waren. Größere Museen äußerten sich mäßig zufrieden. Die Genehmigungen zur Aufstellung von Werbeplakaten wurden in vielen Städten aufgrund der Bundestagswahl eher restriktiv erteilt. Allerdings war auch zu beobachten, dass die den Museen zur Verfügung gestellten Werbematerialien teilweise gar nicht in Umlauf gebracht wurden.

| |
|--|
| Zu Punkt 4: Besetzung der schulfachlichen Aufsicht und von Schulleitungsstellen an Schulen des Kreises Metmann - Vorlage Nr. 40/064/2013 |
|--|

Die in der Vorlage benannten Personen stellen sich dem Ausschuss persönlich vor und skizzieren jeweils ihren beruflichen Werdegang. Sie werden vom Ausschuss und der Verwaltung willkommen geheißen.

Frau Plum wird mit Ablauf des 31.01.2013 aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden. Sie dankt den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung für die stete Unterstützung bei der Weiterentwicklung des Berufskollegs Niederberg. Der Ausschuss dankt Frau Plum für ihre engagierte Tätigkeit.

Herr Freund weist darauf hin, dass die Verwaltung bei der Bezirksregierung nachgefragt hat, wodurch sich die unterschiedliche Handhabung bei der Bestellung von stellvertretenden Schulleitungen begründet (Förderschulen/Berufskollegs). Nicht in allen Fällen war die Einberufung einer erweiterten Schulkonferenz gefordert. Die Bezirksregierung hat die Frage ans Ministerium weitergereicht, damit ein einheitliches Verfahren festgelegt wird.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

| |
|--|
| Zu Punkt 5: neanderland BIENNALE 2013 Rückblick, Fazit, Ausblick - Vorlage Nr. 40/058/2013 |
|--|

Frau Haase berichtet, dass die Rückmeldungen der kreisangehörigen Städte zur Biennale durchweg begeistert waren. Mit der Durchführung von insgesamt 28 Veranstaltungen seien allerdings auch die personellen Kapazitäten aller Kulturabteilungen an ihre Grenzen gestoßen. Daher wird allgemein befürwortet, die Biennale künftig im Wechsel zwischen einem kürzeren, aber qualitativ hochwertigem, und einem längeren Veranstaltungsformat mit internationalen Gemeinschaftsproduktionen durchzuführen. Es werde Wert darauf gelegt, dass die jetzt erlebte künstlerische Qualität erhalten bleibt.

Frau Utke berichtet anhand eines PowerPoint-Vortrages über die Veranstaltungshöhepunkte, Besucherzahlen und Besonderheiten. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bezüglich des „Neandertickets“ erläutert die Verwaltung auf Nachfrage, dass das genutzte Ticketsystem für die neanderland BIENNALE konfiguriert wurde. Aktuell ist dieses System nicht aktiv geschaltet. Sofern allerdings der Kreis oder die Städte einen erneuten Bedarf für dieses überregionale Ticketsystem anmelden, bietet der Hersteller an, dieses Ticketsystem umgehend wieder „aufleben“ zu lassen.

Frau Cebulla bittet um Information, wieso von mehreren benannten Förderern/Institutionen die avisierten Mittel nicht eingegangen sind. Die Verwaltung erklärt, dass die ausgewiesenen Beträge bei verschiedenen Zuwendungsgebern beantragt worden seien, aber negativ beschieden wurden.

Verschiedene Ausschussmitglieder äußern sich unterschiedlich über die von ihnen selbst erlebten Aufführungen. Besonders die Straßenparade in Mettmann zur Eröffnung der Biennale

wird gelobt. Der Ausschuss unterstreicht, dass Kunst und Kultur nicht immer jeden Geschmack treffen kann und zu Diskussionen anregen soll. Nur so können auch neue Publikumsschichten erreicht werden. Insgesamt habe man eine gelungene Mischung der Veranstaltungen erlebt.

Herr Gödde bedauert, dass es künftig alle vier Jahre ein reduziertes Veranstaltungsformat geben soll. Für ihn sei hilfreich zu wissen, wie viel Personalkapazitäten zusätzlich erforderlich wären.

Frau Haase weist darauf hin, dass eine Biennale in der bisherigen Form nur mit Unterstützung der städtischen Kulturämter zu stemmen sei. Herr Schulze Neuhoff betont, dass es verfrüht sei, bereits im Vorfeld ein kürzeres Veranstaltungsformat zu kritisieren, ohne die Planungen zu kennen.

Frau Gronemeyer kritisiert, dass die Werbemaßnahmen nicht optimal verlaufen seien. Unter den angegebenen Telefonnummern der Städte habe man nur mühsam die gewünschten Informationen erhalten. Die Verwaltung stellt klar, dass man auf die städtischen Abläufe nur wenig Einfluss habe. Die erst späte Bewerbung durch Printprodukte sei durch die benötigten Zustimmungen Dritter erschwert worden.

Frau Klützke und Herr Köster heben die Kooperation mit den polnischen Partnern als ein gutes Beispiel des Verständigungs- und Aussöhnungsgedankens heraus und sprechen allen Akteuren ihre Anerkennung aus.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

| |
|---|
| Zu Punkt 6: Inklusionshilfe an allgemeinen Schulen im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 40/065/2013 |
|---|

Der Ausschuss ist sich einig, diesen Tagesordnungspunkt und den diesbezüglichen Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2014 gemeinsam zu beraten.

Frau Haase erinnert daran, dass der jetzt vorliegende Beschlussvorschlag das Ergebnis eines langen Abstimmungsprozesses mit den kreisangehörigen Städten ist. Die Städte haben ihre Erwartungen und Bedarfe deutlich formuliert und den Kreis aufgefordert, gleiche Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet herzustellen. Das unterbreitete Angebot stellt eine freiwillige Leistung dar.

Der Vorsitzende ergänzt, dass zu dieser Thematik bei mehreren Ausschussmitgliedern verschiedene Anschreiben von Eltern und Elternvertretungen eingegangen sind, die den Bedarf nach Inklusionshelfern unterstreichen. Es wird vereinbart, dass alle Anschreiben an die Geschäftsführerin des Ausschusses weitergeleitet und von dort an alle Ausschussmitglieder übermittelt werden (siehe Anlage).

Herr Rohde erläutert den Haushaltsantrag seiner Fraktion. Dieser zielt darauf ab, die Kosten bis zum Ende des laufenden Schuljahres zu übernehmen um Planungssicherheit zu geben. Auch wenn er das Anliegen der betroffenen Eltern gut nachvollziehen könne, sei es nicht gerechtfertigt, dem Kreis die Kosten der Inklusionshilfe längerfristig aufzubürden, da dieses Angebot in der Verantwortung des Landes läge.

Herr Gödde und Frau Gronemeyer sprechen sich dafür aus, im Sinne der betroffenen Schülerschaft zu entscheiden und parteipolitisches Kalkül auszublenden. Der Vorschlag der Verwaltung helfe den beteiligten Schulen, den begonnenen Weg zur schulischen Inklusion weiterzugehen, unabhängig davon, wann das Land eine Kostenregelung festlegt.

Herr Schulze Neuhoff spricht sich für den Antrag der CDU aus, da dies ein Kompromiss sei. Die Landesregierung habe es im Zuge des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes versäumt, die

Kostenfrage zu regeln. Durch die Befristung bis zum Schuljahresende würde so auch der Druck auf das Land zur Nachbesserung erhöht werden. Frau Hagling unterstützt ebenfalls den Antrag der CDU.

Herr Janssen erläutert, dass für ihn und seine Fraktion der Vorschlag der Verwaltung zielführend ist, weil damit die Unterstützung der betroffenen Schülerschaft gesichert sei. Gleichzeitig stellt er fest, dass eine inhaltliche Diskussion zum Thema im Ausschuss offenbar nicht mehr gewollt sei.

Herr Gödde wirft die Frage auf, was zu erwarten ist, wenn der Kreis nur bis zum Schuljahresende die Kosten übernimmt, bis dahin aber keine Neuregelung des Landes vorliegt. Dazu erläutert Frau Haase, dass nach den gesetzlichen Vorgaben die Finanzierung des Einzelfalls über die Regelungen des SGB VIII (städtische Jugendhilfe) und SGB XII (Kreis als Sozialhilfeträger) möglich sei.

Frau Köster-Flashar warnt davor, dass dies zu einer Spaltung in der Kreisgemeinschaft führen könnte.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion
- 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

| |
|--|
| Zu Punkt 7: Regionales Bildungsnetzwerk - Kommunale Koordinierung Übergang Schule-Beruf - Vorlage Nr. 40/059/2013 |
|--|

Frau Pesler berichtet über die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages am 19.11.2013 zwischen dem Land NRW und dem Kreis Mettmann. Damit kann das Regionale Bildungsnetzwerk nun seine Arbeit in den drei durch den Kreistag beschlossenen Handlungsfeldern aufnehmen.

Die Kommunale Koordinierung hat sich mit einer Auftaktveranstaltung am 22.11.2013 den Schulleitungen und den Studien- und Berufsorientierungskoordinatoren aller weiterführenden und berufsbildenden Schulen vorgestellt, zu der die Bezirksregierung im Rahmen einer Dienstbesprechung geladen hatte. Dazu wurde auch ein Flyer entwickelt, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt wurde.

Frau Köster-Flashar begrüßt die erreichten Entwicklungen. Allerdings vermisst sie in der Darstellung der beteiligten Akteure die Volkshochschulen, die ebenfalls als Bildungseinrichtungen fungieren. Frau Pesler versichert, dass die Volkshochschulen in dem gesamten Netzwerk berücksichtigt werden.

Frau Köster-Flashar und Herr Janssen sprechen sich dafür aus, dass die Berichterstattung über die weitere Entwicklung ebenfalls im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus erfolgt. Dies wird von Frau Haase zugesagt.

Die Vorlage und das gesamte Vorhaben sind aus Sicht von Herrn Köster nicht nachvollziehbar, da bei allen Überlegungen die Gewerkschaften nicht berücksichtigt werden.

Es ergeben sich Detailfragen zur Durchführung der Potenzialanalyse. Dazu erläutert die Verwaltung, dass in diesem Schuljahr landesweit ca. 70.000 Plätze zur Verfügung gestellt wer-

den. Schulen im Kreis Mettmann werden davon ca. 1.000 Plätze nutzen können. Aktuell werden die Kriterien und Erfordernisse für die Anbieter von Potenzialanalysen definiert. Es ist daher noch nicht entschieden, welche Anbieter konkret zur Auswahl stehen. Parallel werden andere Programme des Bundes zur Berufsorientierung (z.B. BIBB [Bundesinstitut für Berufsbildung]/BOP [Berufsorientierungsprogramm]) zunächst noch weitergeführt.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Sachstandsbericht zum Regionalen Bildungsnetzwerk und zur Kommunalen Koordinierung Übergang Schule-Beruf zur Kenntnis.

| |
|---|
| Zu Punkt 8: Haushalt 2014 - Vorlage Nr. 20/037/2013 |
|---|

Verfahren der Haushaltsberatungen

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Gesamtabstimmung über die Produkte

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte 01.14.01 und 06.01.01 wurden mehrheitlich bei 1 Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Das Produkt 03.01.04 wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen. Hintergrund ist, dass sich der Beschluss zur Errichtung einer Mensa am Berufskolleg Niedberg finanziell auch in diesem Produkt widerspiegeln würde. Die Produkte 03.02.06, 03.03.01, 03.03.03 und 17.01.01 werden einstimmig bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Das Produkt 03.03.02 wird mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. angenommen. Das Produkt 04.01.01 wird mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Enthaltungen der Fraktionen von FDP und DIE LINKE. angenommen. Alle übrigen Produkte werden einstimmig angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkte 03.02.01, 03.02.02 und 03.02.03

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seiten 608, 616 und 624 Zeile 5 im Ergebnisplan

Nachdem das OGS- und Ferienbetreuungskonzept an den Förderschulen des Kreises eingeführt worden ist, beantragt die Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine Sozialstaffelung der Elternbeiträge in Anlehnung an die Satzungen der jeweiligen kreisangehörigen Kommunen für den Regelschulbetrieb.

Die Gleichstellung aller Eltern in Bezug auf die Kostenbeteiligung an entsprechenden Betreuungsangeboten sollte auch unter dem Aspekt der Inklusion ein grundsätzliches Recht darstellen.

Die Möglichkeit zur Teilnahme und Teilhabe dürfe nicht an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern scheitern.

Frau Köster-Flashar erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Frau Haase macht deutlich, dass an den Förderschulen für Geistige Entwicklung kein offenes, sondern ein gebundenes Ganztagsangebot besteht. Die beiden im Antrag genannten Betreuungskonzepte sind in „Freitag-Nachmittag Betreuung“ und „Ferienbetreuung“ zu unter-

scheiden. Die Freitag-Nachmittag Betreuung beruht auf einem privatrechtlichen Vertrag der Lebenshilfe e.V. mit den Eltern. Zum Bereich der Ferienbetreuung verweist sie auf den Beschluss des Kreistages vom 15.07.2013 zu den Ferienfreizeiten an den Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises. Der Auftrag für die Ferienbetreuung wird von den Fördervereinen der Schulen gemäß dem Kreistagsbeschluss an einen privaten Anbieter erteilt. Der Kreis könne daher in beiden Fällen auf den Elternbeitrag keinen Einfluss nehmen.

Frau Gronemeyer verdeutlicht das Anliegen des Antrages, damit Eltern behinderter Kinder für eine vergleichbare Leistung nicht mehr bezahlen als Eltern nicht behinderter Kinder. Ziel sei schließlich Teilhabe in allen Bereichen.

Nach Auffassung von Herrn Rohde sei der Wunsch nachvollziehbar, der Kreis jedoch nicht zuständig.

Aufgrund der Ausführungen zieht Frau Köster-Flashar den Antrag ihrer Fraktion zurück, bittet jedoch darum, den Städten und Schulen das Problem noch einmal ins Bewusstsein zu rücken.

Herr Janssen bittet abschließend um einen Bericht im nächsten Ausschuss für Schule und Kultur.

Produkt 03.02.06

Auf die Frage von Herrn Gödde zum Hintergrund der Halbierung des Ansatzes für die in Zeile 28 veranschlagten IT-Aufwendungen erläutert die Verwaltung, dass der Ansatz Ergebnis der Verteilung der IT-Gesamtkosten ist. Die Ansätze werden an das jeweilige Rechnungsergebnis angepasst. Der genaue Hintergrund der Ansatzreduzierung und die Frage der Auskömmlichkeit des Ansatzes wird zu Protokoll beantwortet und auch für die Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2013 vorgehalten.

Ergänzende Antwort der Verwaltung:

- Die Ursache liegt in der **Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung des Amtes 16**. Mit dem Bewirtschaftungsjahr 2012 wurde die neue prozessorientierte Kostenrechnung und Leistungsverrechnung eingeführt. Diese ermöglichte eine noch differenziertere verursachungsorientierte Zuordnung der Gemeinkosten/ Vorkostenstellen. Dadurch ergaben sich Änderungen in der Kalkulation der IT-Leistungen.
- Das Ergebnis 2012 beruht bereits auf der neuen Methode. Der Ansatz 2013 basiert noch auf der Fortschreibung der „ME-BIT-Aufteilung“ unter Berücksichtigung von Ausbauplanungen. Der Ansatz 2014 beruht wiederum auf der neuen Methode. Dies erklärt, warum der Ansatz 2013 in der Zahlenreihe „aus dem Rahmen“ fällt. Die Ansatzveränderung 2013/2014 ist **nicht** auf Leistungseinschränkungen zurückzuführen.

Produkt 03.03.02

Antrag der CDU-Fraktion

Seite 672 Zeile 15 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|---------|------|------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 330.000 | | | | | | | |
| Ansatz (neu) | 580.000 | | | | | | | |
| Differenz | 250.000 | | | | | | | |

Die CDU-Fraktion beantragt, die Kostenübernahme für die Schulbegleitungen durch Inklusionshelfer bis zum Schuljahresende, da man ansonsten Gefahr laufe, dass diese Maßnahme mitten im Schuljahr endet.
Für das erste Schulhalbjahr 2013/2014 seien die bei dem Produkt 05.01.01 etatisierten Mittel zu verwenden.

Dieser Veränderungsantrag wurde inhaltlich bereits zusammen mit Tagesordnungspunkt 6 (*Inklusionshilfe an allgemeinen Schulen im Kreis Mettmann*) diskutiert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
 8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
 3 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Frau Gronemeyer berichtet aus der jüngsten Schulleiter-Dienstbesprechung. Dort wurde vereinbart, sich im Januar zu einer zweitägigen externen Arbeitssitzung der Schulleitungen und Stellvertreter zu treffen. Inhalt wird die Diskussion zur Weiterentwicklung der Inklusion nach Auslaufen der Kompetenzzentren sein. Auf ihre Frage, ob die Möglichkeit auf Übernahme der Honorarkosten des Referenten besteht, stellt Herr Freund Mittel aus dem Inklusionsfond in Aussicht.

Produktbereich 04 (Kultur und Wissenschaft)
Produkte 04.01.01 – 04.01.02

Produkt 04.01.01

Antrag der FDP-Fraktion
 Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | | | | | | |
| Ansatz (neu) | 78.000 | | | | | | | |
| Differenz | 9.400 | | | | | | | |

Aufgrund der großen Resonanz der letzten Kreiskunstaussstellung bei Kulturschaffenden und Besuchern, beantragt die FDP-Fraktion, dass auch 2014 eine Kreiskunstaussstellung stattfinden soll. Für die Durchführung der Kreiskunstaussstellung war zuletzt im Haushaltsjahr 2012 ein Betrag von 8.400 € veranschlagt. Aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung sollen 9.400 € angesetzt werden.

Antrag der SPD-Fraktion
 Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|--------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | 68.600 | | | | | |
| Ansatz (neu) | 78.600 | | 78.600 | | | | | |
| Differenz | 10.000 | | 10.000 | | | | | |

Die SPD-Fraktion beantragt aufgrund des großen Zulaufs und der ebenso großen Außenwirkung für den Kreis Mettmann, für eine Kreiskunstaustellung 10.000 € zu veranschlagen. Sie biete nicht nur den Künstlern im Kreis eine Ausstellungsmöglichkeit, sondern sei image- und identitätsbildend für den Kreis.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|--------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | 68.600 | | | | | |
| Ansatz (neu) | 77.000 | | 77.000 | | | | | |
| Differenz | 8.400 | | 8.400 | | | | | |

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Wiederbelebung der Kreiskunstaustellung. Auf Beschluss des Kreisausschusses vom 16.06.2012 findet die Kreiskunstaustellung nicht mehr statt. Sie erfreute sich jedoch sowohl bei den teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern als auch beim Publikum großer Beliebtheit. So konnte der stellv. Landrat allein 380 Besucherinnen und Besucher zur Eröffnung der letzten Ausstellung in 2012 begrüßen. Die Kreiskunstaustellung wirke positiv auf die Binnenidentität, stärke die Außenwirkung des Kreises, bringe Mehrwert für die ka. Städte und motiviere die Künstlerinnen und Künstler nachhaltig. Der Einspareffekt mit ca. 8.400 € sei kaum messbar, eine Verknüpfung mit anderen Veranstaltungen im Neanderland wäre sinnvoll, um die Werbemaßnahmen zu bündeln und Synergien zu erzielen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Kultur verständigen sich darauf, die vorliegenden Veränderungsanträge zur Kreiskunstaustellung zusammen zu beraten.

Herr Janssen zieht den Antrag seiner Fraktion zurück und schließt sich inhaltlich dem Antrag der FDP-Fraktion an. Herr Gödde macht deutlich, dass die Einstellung der Kreiskunstaustellung ein Fehler gewesen sei, er sich an den Zahlen der Verwaltung orientiert habe, grundsätzlich aber auch mit der Bereitstellung von Mitteln in höherem Umfang einverstanden sei.

Herr Schulze Neuhoff modifiziert den Antrag seiner Fraktion angesichts des unter Tagesordnungspunkt 12 gefassten Beschlusses dahingehend, dass im Aufwand nicht 9.400 €, sondern nur 8.400 € bereitgestellt werden. Zudem beantragt er, eine Ertragsposition in gleicher Höhe einzustellen, um dort die Sponsorengelder zu etatisieren.

Herr Janssen und Herr Gödde können dem so nicht zustimmen und beantragen daher, lediglich 8.400 € in Zeile 13 einzustellen und die im Haushalt eingestellte Ertragsposition unverändert zu belassen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über diesen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|--------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | 68.600 | | | | | |
| Ansatz (neu) | 77.000 | | 77.000 | | | | | |
| Differenz | 8.400 | | 8.400 | | | | | |

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
 1 Enthaltung CDU-Fraktion
 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den modifizierten Antrag der FDP-Fraktion

Seite 704 Zeile 5 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|--------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 7.000 | | 27.000 | | | | | |
| Ansatz (neu) | 15.400 | | 35.400 | | | | | |
| Differenz | 8.400 | | 8.400 | | | | | |

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|--------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | 68.600 | | | | | |
| Ansatz (neu) | 77.000 | | 77.000 | | | | | |
| Differenz | 8.400 | | 8.400 | | | | | |

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
 1 Enthaltung CDU-Fraktion
 4 Enthaltungen SPD-Fraktion
 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 704 Zeile 13 im Ergebnisplan

| Beträge in € | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-------------------------|--------|------|------|------|------|------|------|------|
| Planansatz (alt) | 68.600 | | | | | | | |
| Ansatz (neu) | 68.600 | | | | | | | |
| Differenz | | | | | | | | |

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Mittel für die Museumsnacht in Höhe von 17.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Museumsnacht des Kreises, an der in 2013 allein 26 Museen teilgenommen haben, bietet ein attraktives Programm, die Besucherzahlen waren zuletzt leider nicht immer zufriedenstellend. Das mag unterschiedliche Ursachen haben z.B. Überschneidungen mit Kulturveranstaltungen anderer Gebietskörperschaften, Terminierung in der Jahreszeit, Einstellung des Shuttle-Busses u. ä.. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt die Museumsnacht nicht grundsätzlich in Frage, möchte jedoch eine Neukonzeption dieses Events, damit der hohe Aufwand und das große Engagement der Mu-

seen und ihres Personals wieder ein angemessenes Echo durch große Besucherzahlen findet. Zur Neuausrichtung dieses Events regt die Fraktion einen runden Tisch mit Museumsfachpersonal, der Kulturverwaltung sowie von interessierten Fachpolitiker/innen an. Bis zu einer Neukonzeption sollen die Haushaltsmittel in Höhe von 17.000 € gesperrt werden.

Herr Gödde erläutert den Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung des Sperrvermerkes. Er macht deutlich, dass seine Fraktion die Museumsnacht nicht als solche in Frage stelle, sondern sich eine Neukonzeption wünsche.

Frau Haase skizziert das derzeitige Konzept und stellt fest, dass sie kaum Raum für Änderungen sieht. Allerdings müssten die Werbemaßnahmen seitens der Museen optimiert und das zur Verfügung gestellte Informationsmaterial besser genutzt werden. Mit Blick auf die angesprochenen Shuttlebusse weist Frau Haase auf den unverhältnismäßig hohen Organisationsaufwand hin.

Herr Gödde verdeutlicht, dass es ihm nicht um die Diskussion einzelner Aspekte gehe, sondern Möglichkeiten gesucht werden sollen, die Museumsnacht zu attraktivieren und zu optimieren.

Frau Dr. Bußkamp berichtet, dass geplant ist, gemeinsam mit den Museumsleitungen Möglichkeiten zu suchen. Dies könne jedoch erst mit Blick auf das Jahr 2015 geschehen, da der Termin für die Museumsnacht 2014 bereits kommuniziert ist (26.09.2014). Dieser Termin sei Ergebnis eines langen Abstimmungsprozesses unter Berücksichtigung des internationalen Museumstages, des Tages des offenen Denkmals sowie der Düsseldorfer Museumsnächte gewesen.

Frau Cebulla kann das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich nachvollziehen, glaubt jedoch nicht, dass die Terminfestsetzung ursächlich für die sinkenden Besucherzahlen ist. Man müsse etwas Neues erfinden, um neues Publikum, auch aus dem Umland, zu gewinnen.

Herr Köster bezweifelt die Schlagkraft des im Antrag angesprochenen runden Tisches. Man solle Mut zur Kultur zeigen und nicht den Anspruch haben, mit umliegenden Museumsstädten konkurrieren zu wollen.

Frau Köster-Flashar macht deutlich, dass der Antrag ihrer Fraktion genau diese Diskussion anstoßen sollte. Sie regt an, auch über einen „Museumssonntag“ anstelle einer Museumsnacht nachzudenken.

Da die Verwaltung zusichert, mit Blick auf das Jahr 2015 Überlegungen zur Konzeption anzustellen, zieht Herr Gödde den Antrag seiner Fraktion zurück, bittet jedoch um einen entsprechenden Bericht im zuständigen Fachausschuss im 3. Quartal des Jahres 2014.

GESAMTABSTIMMUNG

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2014 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit Ausnahme des Produktes 03.01.04 sowie mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
2 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
3 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 9: Zukunftsplanung Berufskollegs
- Sachstand der Umsetzung
- Vorlage Nr. 40/029/2013

Der Ausschuss ist sich einig, den Tagungsordnungspunkt mit den drei folgenden Unterpunkten gemeinsam zu behandeln.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9.1: Zukunftsplanung Berufskollegs
- Einrichtung des dualen Bildungsgangs Elektroniker/in für Betriebstechnik am Berufskolleg Niederberg in Velbert
- Vorlage Nr. 40/063/2013

Der Ausschuss stimmt ohne weitere Aussprache über den Beschlussvorschlag ab.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt, zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 den einzügigen dualen Bildungsgang Elektroniker/in für Betriebstechnik am Berufskolleg Niederberg in Velbert einzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9.2: Zukunftsplanung Berufskollegs
- Einrichtung des Bildungsgangs Berufliches Gymnasium Technik am Berufskolleg Hilden
- Vorlage Nr. 40/054/2013

Der Ausschuss stimmt ohne weitere Aussprache über den Beschlussvorschlag ab.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt, zum Schuljahr 2014/2015 den einzügigen Bildungsgang Berufliches Gymnasium Technik, Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften, am Berufskolleg Hilden einzurichten.

Sollte das Ministerium für Schule und Weiterbildung – entgegen den bisherigen Planungen – den Bildungsgang im Rahmen des Schulversuchs erst zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 freigeben, kann der Bildungsgang am Berufskolleg Hilden auch zu diesem Zeitpunkt einzügig eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9.3: Zukunftsplanung Berufskollegs
- Einrichtung des dualen Bildungsgangs Medizinische/r Fachangestellte/r am Berufskolleg Mettmann
- Vorlage Nr. 40/030/2013

Der Ausschuss stimmt ohne weitere Aussprache über den Beschlussvorschlag ab.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 die Einrichtung des zweizügigen dualen Bildungsgangs Medizinische/r Fachangestellte/r am Berufskolleg Mettmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Einrichtung einer Fachklasse "IT-Fachinformatiker für Systemintegration" und "IT-Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung" im dualen System am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2013
- Vorlage Nr. 40/019/2013/2

Frau Haase verweist auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Vorlage zu TOP 9 (Zukunftsplanung Berufskollegs, Sachstand der Umsetzung). Darin sind die erforderlichen Schritte beschrieben, damit der Bildungsgang eingerichtet werden kann.

Herr Janssen zeigt sich weiterhin skeptisch, ob die erforderliche Zahl an Auszubildenden erreicht wird. Dies sei jedoch kein Grund, um den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den IT-Bereich eine Fachklasse „IT-Fachinformatiker für Systemintegration“ und „IT-Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung“ im dualen System am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen schnellstmöglich einzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 29.10.2013
hier: Anfrage zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Schulen des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 40/060/2013

Herr Köster weist darauf hin, dass mit den Ausführungen der Verwaltung die Fragen zum Leh-rereinsatz offen bleiben.

Dazu erläutert Frau Haase, dass zu diesem Fragenkomplex die Beantwortung des Landes noch aussteht und mit der Niederschrift nachgereicht wird.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Ergänzende Antwort zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 29.10.2013

Frage:

- 4.) *Existieren derzeit aufgrund dieser Fördermöglichkeit zusätzliche Lehrerstellen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann?
Wenn ja, um wie viele Lehrerstellen handelt es sich?
Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht der Kreis Mettmann beim Land NRW zusätzliche Lehrerstellen zu beantragen?*

Antwort:

- Es existiert ein Titel im Stellenplan des Landes NRW für Berufskollegs, der zusätzliche Stellen zur besonderen Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Berufskollegs vorsieht (Integrationsstellen).
- Aus diesem Titel sind insgesamt drei Stellen auf alle Berufskollegs in der Trägerschaft des Kreises Mettmann verteilt worden. Die Verantwortung für den Einsatz dieser Personalressourcen entsprechend dem Förderziel und dem Konzept liegt bei den Schulleitungen im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Personalverwaltung.

- Bei dieser Themenstellung handelt es sich um eine innere Schulangelegenheit, auf die der Schulträger keinen Einfluss nehmen kann. Die Verteilung der Integrationsstellen obliegt der Bezirksregierung auf der Grundlage der Anträge und Konzepte der Berufskollegs. Die Verwaltung wird jedoch in der nächsten Dienstbesprechung mit den Berufskollegs die Thematik erörtern und sie bitten, sich im Falle eines Bedarfs mit einem weiteren Antrag an die Bezirksregierung zu wenden.

**Zu Punkt 12: Kreiskunstaussstellung
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2013
- Vorlage Nr. 40/066/2013**

Frau Cebulla erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Es gehe um den Versuch, neue Wege zu beschreiten. Die Unterstützung der Verwaltung wird dabei vorausgesetzt, um dem Bergischen Künstlerbund nicht die komplette Verantwortung aufzubürden.

Frau Haase berichtet, dass Herr Landrat Hendele bereits mit Vertretern des Bergischen Künstlerbundes über diese Idee gesprochen hat. Im Anschluss sieht sich der Bergische Künstlerbund nicht in der Lage, die Kreiskunstaussstellung ehrenamtlich zu organisieren. Zudem bestehe die Sorge, dass die eigenen Mitglieder sich an der Ausstellung nicht mehr beteiligen könnten, ohne dem Vorwurf der Befangenheit ausgesetzt zu sein.

Auf Antrag der CDU-Fraktion unterbricht der Vorsitzende die Sitzung von 17:02 bis 17:07 Uhr.

Frau Cebulla räumt ein, dass aufgrund der Rückmeldung des Künstlerbundes der Antrag in der bisherigen Form wenig aussichtsreich ist. Daher solle die Kreiskunstaussstellung wieder durch den Kreis durchgeführt und gleichzeitig Sponsoren zur Finanzierung der Veranstaltung suchen werden. Momentan läge kein durch die Fraktion gedecktes Mandat vor, einer reinen Kostenerhöhung im Haushalt 2014 zuzustimmen. Damit wird der Antrag in der Form geändert, dass der Bergische Künstlerbund nicht mehr genannt wird und der Verwaltung die Verantwortung für die Kreiskunstaussstellung übertragen wird.

Herr Köster erklärt, dass er dem ursprünglichen Antrag hätte zustimmen können. Es sei nun aber illusorisch, eine Veranstaltung zu wollen, ohne dafür Geld bereit zu stellen.

Herr Janssen und Herr Gödde sprechen sich dafür aus, Mittel in den Haushalt einzustellen und zudem die Verwaltung zu beauftragen, geeignete Sponsoren zu finden.

Herr Schulze Neuhoff schlägt vor, die Aufwendungen und Erlöse in gleicher Höhe einzusetzen und gleichzeitig einen Sperrvermerk vorzunehmen. Damit sei gewährleistet, dass die Kreiskunstaussstellung auf jeden Fall stattfinden kann. Herr Jansen spricht sich gegen einen Sperrvermerk aus.

Die zum Haushalt formulierten Anträge der Fraktionen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bis auf die Höhe der eingesetzten Mittel inhaltsgleich. Frau Köster-Flashar bittet daher um eine Stellungnahme, wie viel Geld tatsächlich in die Hand genommen werden müsse. Dazu erläutert Frau Dr. Bußkamp, dass der zuletzt festgelegte Etat in Höhe von 8.400,- Euro auskömmlich war. Sie weist zudem darauf hin, dass die Kreissparkasse aus rechtlichen Gründen als Sponsor nicht in Frage kommt.

Herr Iven stellt einen Geschäftsordnungsantrag und beantragt den Schluss der Rednerliste und die sofortige Abstimmung. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen:

8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD Fraktion
3 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion
1 Ja- Stimme Fraktion DIE LINKE.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den modifizierten Antrag der CDU-Antrag abstimmen:

Beschluss:

- 1.) Der Kreis organisiert die Kreiskunstaustellung, sorgt für die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten und das Sponsoring der Veranstaltung.
- 2.) Der Name einer solchen Veranstaltung sollte den Marketingbegriff „neanderland“ integrieren.
- 3.) Über das Ergebnis wird der Fachausschuss informiert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
3 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Enthaltung FDP-Fraktion

| |
|-------------------------------|
| Zu Punkt 13: Nachträge |
|-------------------------------|

| |
|---|
| Zu Punkt 13.1: Mindestgrößen an Förderschulen hier: Anfrage der UWG-ME-Fraktion vom 15.11.2013 - Vorlage Nr. 40/067/2013 |
|---|

Herr Freund beantwortet die Anfrage der UWG-ME-Fraktion sowie die Anfrage unter TOP 13.3 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinschaftlich, da sie inhaltlich eng beieinander liegen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass im Kreisgebiet alle fünf Förderschulen mit Schwerpunkt „Lernen“ die geforderte Mindestgröße unterschreiten. Daher ist zu prüfen, wie durch kooperative oder integrative Verbundlösungen von Schulen der Situation Rechnung getragen werden kann. Die betroffenen Schulleitungen entwickeln derzeit ein pädagogisches Konzept für die bestehenden Bedarfe der Schülerschaft. Parallel dazu prüfen die beteiligten Schulträger für vier Regionen im Kreisgebiet die sächlichen Bedingungen. Eine ausführliche Beantwortung der formulierten Fragen wird für die Niederschrift zugesagt.

Frage 1: *Welche Förderschulen im Kreis Mettmann erfüllen schon heute die von der Landesregierung vorgegebenen Mindestgrößen an Schülerzahlen nicht?*

Antwort: Die fünf Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen im Kreis Mettmann erfüllen die Mindestgrößen nach der „Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke vom 16. Oktober 2013“ nicht (s. Anlage).

Frage 2: *Da die Verordnung bis 2015 umgesetzt werden muss, bitten wir weiter um Mitteilung, in welcher Reihenfolge nach den jetzt vorliegenden Schülerzahlen der einzelnen Einrichtungen, dann welche Förderschulen von Schließung bedroht sind.*

Antwort: Da die fünf Förderschulen „Lernen“ bereits heute unter der Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern liegen, gibt es keine Reihenfolge. Im Übrigen ist festzustellen, dass bei Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung, die es flächendeckend im Kreis Mettmann gibt, das Land „im Interesse des Vertrauensschutzes“ eine Übergangsfrist einräumt. Danach müssen Förderschulen, die unter den Mindest-

schülerzahlen liegen erst ein Jahr später, also ab dem Schuljahr 2016/17, jahrgangswise abgebaut werden. Nach der Mindestgrößenverordnung müssen spätestens im Herbst 2015 die Auflösungsbeschlüsse durch die Schulträger gefasst werden.

Frage 3: *Die jetzt veröffentlichte Verordnung ist schon länger im Gespräch. Wir bitten mitzuteilen, welche Lösungsansätze hier möglich sind, um den Willen der Betroffenen an einer weiteren Beschulung an einer Förderschule weitestgehend, auch nach dem gesetzten Termin 2015, entsprechen zu können.*

Antwort: Nach Übereinkunft in der Schuldezernentenkonferenz wurde eine Arbeitsgruppe zur Reform der Förderschulstruktur im Kreis Mettmann unter Federführung der Kreisverwaltung gebildet. Neben dem Kreis Mettmann gehören dieser Arbeitsgruppe Schuldezernenten der Städte Erkrath, Hilden, Mettmann, Monheim a.R., Ratingen und Velbert an. In der Arbeitsgruppe sind auch die untere und die obere Schulaufsicht vertreten.

Zu ihrer Aufgabenstellung und zum gegenwärtigen Arbeitsstand hat die Arbeitsgruppe die als Anlage 2 beigefügte Erklärung entwickelt.

Am 27.11.2013 wurden alle Förderschulleitungen im Kreis Mettmann über Zielsetzung, Aufgabenstellung und Beratungsstand der Arbeitsgruppe informiert. Die Förderschulleitungen werden gemeinsam mit der Schulaufsicht ein Konzept zur Sicherung der sonderpädagogischen Qualität im Kreis Mettmann erarbeiten.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 13.2: Parkplätze am Medienzentrum
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.11.2013
- Vorlage Nr. 40/069/2013**

Frau Haase verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die der Niederschrift beigefügt wird.

1. *Aus welchem Grund wurden die Parkplätze umgewidmet?*

Die Parkplätze im Innenhof des Verwaltungsgebäudes IV sind in Absprache mit dem Hauptamt für die Außendienstmitarbeiter und die oft außerhalb arbeitenden Mitarbeiter der Ämter (23, 32, 50) reserviert. Diese verlieren außerordentlich viel Arbeitszeit, wenn sie stets vom und zum großen Parkplatz oder – deutlich mehr – vom Parkplatz an der Goethestraße jeweils laufen müssten. Hier soll ein schnelles An- und Abfahren gesichert werden.

Zudem verirren sich immer wieder Besucher des Krankenhauses in den Innenhof. Wenn dann abends um 18 Uhr die Tore geschlossen werden, ist der Ärger vorprogrammiert.

2. *Welche Alternativen kann die Verwaltung den Entleiherinnen und Entleiherern anbieten?*

Jeder Parkplatz rund um das Verwaltungsgebäude. Da sich der tatsächliche Aufenthalt bei den Entleiherern stets im Bereich von wenigen Minuten handelt, kann hier die Regel zum Be- und Entladen angewandt werden, d.h. es wird geduldet, wenn ein Auto auch mal außerhalb der gekennzeichneten Flächen steht. Der Hof ist vom Medienzentrum gut einsehbar, sodass es sofort auffällt, wenn ein Fahrzeug andere Autos behindert.

3. *Handelt es sich bei der Zufahrt zum Medienzentrum um eine Feuerwehrezufahrt?*

Ja. Das ist einer der Gründe, warum das „wilde Parken“ der Vergangenheit unterbunden wird.

4. *Wie viele Hausmeister/ Boten/ Fahrer der Städte und Selbstabholerinnen und – abholer fahren das Medienzentrum täglich an?*

Wenige, von null bis zehn Nutzern pro Tag, die persönlich vorbeikommen. Einige der Hausmeister und Boten der Städte fahren auch die Poststelle im Hauptgebäude an. Dorthin liefert das Medienzentrum die vorbestellten Medien auf Anfrage innerhalb von ein bis zwei Tagen (allerdings nur für die städtischen Fahrer mit Sammelbestellungen, nicht für Einzel-Entleiher).

5. *Wie können Medien, Geräte und sonstiges Leihmaterial möglichst schonend von den Entleihenden zum nächsten erreichbaren Parkplatz transportiert werden?*

Der Transport ist in das Belieben der Nutzer gestellt, z.B. Taschen oder Trolleys.

6. *Kann durch das Fehlen von Parkplätzen in der Nähe des Medienzentrums die Attraktivität des Medienzentrums leiden?*

Nein, der Leihverkehr geschieht zum größten Teil online (EDMOND).

Herr Gödde weist darauf hin, dass die Anfrage einen durchaus ernsten Hintergrund habe. Er kündigt einen diesbezüglichen Antrag an.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 13.3: Förderschulen im Kreis Mettmann
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2013
- Vorlage Nr. 40/070/2013**

Die mündlichen Ausführungen sind bereits unter TOP 13.1 dargestellt. Nachzutragen sind die konkreten Antworten auf die formulierten Fragen.

Frage 1: *Wie viele Förderschulen in welchen Städten mit welchen Förderschwerpunkten wären aktuell von einer Schließung betroffen?*

Antwort: siehe Antwort 1 der Anfrage UWG ME.

Frage 2: *Welche Schulträger wären betroffen, gab oder gibt es Gespräche mit anderen Schulträgern des Kreises?*

Antwort: siehe Antworten 2 und 3 zur Anfrage der UWG ME - Fraktion.

Frage 3: *Welche Ergebnisse haben die bisherigen Gespräche mit anderen Schulträgern, der Schulaufsicht und der Bezirksregierung u.ä. gebracht?*

Antwort: siehe Erklärung der Arbeitsgruppe Förderschulstruktur Kreis Mettmann (Anlage 2)

Frage 4: *Welche Modelle (Verbundschulen, Dependance-Lösungen u.ä.) strebt die Verwaltung an?*

Antwort: Die Beantwortung dieser Frage gehört zum Aufgabenkatalog der Arbeitsgruppe Förderschulstruktur.

Frage 5: *Gibt es in der Kreisverwaltung Überlegungen, Förderschulen anderer Schulträger zu übernehmen?*

Antwort: Die Frage der Schulträgerschaft wird erst dann geklärt, wenn die primären Sachthemen bearbeitet sind. Siehe hierzu auch die gemeinsame Erklärung.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:18 Uhr

gez.
Wolfgang Diedrich

gez.
Susanne Heinrich